

Demokratie in der DDR

Das „**Gesetzbuch der Arbeit**“ nennt eine „*immer aktivere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Wirtschaft*“, was unmittelbar eine weitere Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen **Demokratie** nach sich ziehe, wie auch die Einheit von Arbeit und Leitung, also von Gesellschaft und Staat.

Demokratischer Zentralismus heißt demgegenüber in der Wirklichkeit der sozialistischen Diktatur:

- Jedes Mitglied auf allen Ebenen der politischen Hierarchie in der Partei und im Staatsapparat muss von der nächst niedrigeren Instanz bestimmt werden - wobei der „Vorschlag“ der höheren Ebene zu befolgen ist.
- Ein Beschluss, der auf der höchsten Ebene gefasst wird, darf von niemandem in Frage gestellt werden. Die Minderheit wird der Mehrheit in strikter Disziplin untergeordnet.

Zusammen mit dem aus der Identitätstheorie herrührenden Partei- und Fraktionsverbot innerhalb der herrschenden sozialistischen / kommunistischen Partei wurde der demokratische Zentralismus ein Instrument der Parteiführung zur Kontrolle des politischen Prozesses und zur Unterbindung von Auseinandersetzungen und Kritik von Seiten unterer Instanzen.

Der Aufbau des Sozialismus führte in der Wirklichkeit allerdings zu einer Festigung der **SED-Diktatur** und zu einem Zurückdrängen formaldemokratischer Elemente. Dieser Prozess, der mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED eingeleitet wurde, war allerdings 1949 bereits im wesentlichen abgeschlossen.

Am Beginn des Zeitraums steht der **Ausbau der Wirtschaft** gemäß dem ersten Fünfjahrplan (3. Parteitag der SED, Juli 1950), der unter Zugrundelegung sowjetischer Methoden die Produktion erheblich steigern sollte. Der selbe Parteitag schränkte auch die Mitwirkungsrechte der Blockparteien weiter ein und setzte den **Terror** gegen die demokratischen Elemente in CDU und LDPD fort. Gleichzeitig begannen Säuberungen innerhalb der SED, in denen 150 000 Parteimitglieder aus der SED ausgeschlossen wurden.

Die ersten Wahlen in der DDR (15. 10. 1950) waren Wahlen auf der Basis einer „**Einheitsliste** der nationalen Front“ mit offener Stimmabgabe, die dann mit 99,7% der Stimmen auch eine breite „Zustimmung“ der Bevölkerung zum Regime der SED suggerierten.

Im **wirtschaftlichen Bereich** waren die Anfangsjahre der DDR durch eine Verschärfung der Verstaatlichungen und durch ein weiteres Zurückdrängen der privaten Wirtschaft gekennzeichnet (5000 „Volkseigene Betriebe“ 1950 gegenüber 1764 im Jahr 1949). Dennoch ging die Erhöhung der Produktion nicht mit einer Verbesserung des Lebensstandards einher, da die Führung der SED die Steigerung in der Schwerindustrie nur auf Kosten der Konsumgüterindustrie erreichen konnte.

In der **Landwirtschaft** wurde 1952 die nach der Bodenreform von 1946 entstandene unbefriedigende und unproduktive Situation der Kleinbauern dazu genutzt, die **Kollektivierung** in großem Maßstab und unter Anwendung von Zwangsmitteln durchzusetzen und die Bauern in die LPGs zu zwingen (1952 1906 LPGs mit 3,3% der Ackerböden, 1960 19261 LPGs mit 84,2%)

Im Mai 1953 legte die SED-Führung neue, erhöhte **Arbeitsnormen** fest, um nach sowjetischem Vorbild den Aufbau der Schwerindustrie zu beschleunigen. Als trotz des „Neuen Kurses“ (nach dem Tod Stalins) die Normen nicht zurückgenommen wurden, entwickelte sich aus Protesten und Streiks der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee der Arbeiteraufstand in der gesamten DDR vom **17. Juni 1953**. An die Seite der ursprünglich rein wirtschaftlichen Forderungen traten bald politische Forderungen, so vor allem die Forderung nach freien Wahlen. Da die politische Führung der DDR sich machtlos zeigte, verhängte der sowjetische Stadtkommandant von Berlin den Ausnahmezustand und ließ mit sowjetischen Panzern den Aufstand niederschlagen.

Dieser Aufstand zeigte – wie auch die Arbeiter- und Volksaufstände in Polen und Ungarn 1956 – dass die SED-Führung keineswegs von der breiten Zustimmung der Bevölkerung getragen war, sondern dass im Gegenteil ihr Machtanspruch sich gegenüber der eigenen Bevölkerung nur mit Waffengewalt und mit der Hilfe der Sowjetunion - und mit diktatorischem Druck - aufrechterhalten ließ.

Die SED-Führung um Walter Ulbricht charakterisierte den Aufstand als einen vom Westen gesteuerten faschistisch-konterrevolutionären Putschversuch und räumte nur gewisse Fehler im Tempo der geplanten Förderung der Schwerindustrie ein.

Die nun verstärkt einsetzende **Fluchtbewegung** aus der DDR in die Bundesrepublik zeigt deutlich die Diskrepanz zwischen der propagandistisch behaupteten Einheit von Staat und Arbeiterklasse und der Wirklichkeit der sozialistischen Diktatur. Vor allem gut ausgebildete Fachkräfte und Jugendliche wandten dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ und dem von ihm ausgehenden politischen Druck den Rücken, die DDR drohte auszubluten.

Auch der „Neue Kurs“ nach dem Tod Stalins und die einsetzende Entstalinisierung änderten nichts Wesentliches in der Frage der politischen Partizipation, allenfalls die Versorgungslage besserte sich 1957/58 etwas, die Fluchtbewegung ließ leicht nach.

Der neue **Fünfjahrplan** von 1958 (Siebenjahrplan 1959) allerdings sollte mit der Formulierung neuer Planziele den Aufbau des Sozialismus entscheidend voranbringen. Da die Planziele aber zu hoch gesteckt waren, war wieder innenpolitischer Druck zu ihrer Durchsetzung nötig.

Damit lässt sich feststellen, dass sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet die DDR weit von einer echten Teilhabe des Volkes an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen entfernt war. Die stalinistische Diktatur konnte nur mit dem staatlichen **Repressionsapparat** von Staatssicherheit und politischen Prozessen aufrechterhalten werden, Meinungs- und Informationsfreiheit waren entschieden eingeschränkt. Im wirtschaftlichen Bereich wurde die gesamte Produktion dem politischen **Aufbau des Sozialismus** und den **Bedürfnissen der sowjetischen**

Wirtschaft untergeordnet. Der Bevölkerung blieb in diesem System als Alternative zum Arrangement mit dem Regime nur die Flucht in den Westen.